

Israel heute – Facetten gesellschaftlicher Realität

Das Reden über Israel ist in Deutschland für gewöhnlich im Diskurs um die Shoah und den Nahostkonflikt eingebettet. Beide "Themen" haben ihre volle Berechtigung: Was immer inzwischen am israelischen Shoah-Gedenken ideologisiert worden ist, in Abrede kann nicht gestellt werden, daß die Shoah noch immer für die Grundmatrix der israelischen Staatsgründung erachtet werden muß, womit ja bekanntlich auch die deutsche Geschichte einiges zu tun hat. Und der Nahostkonflikt ist für Struktur und Normenwelt der israelischen Lebenswirklichkeit, aber auch für die der gesamten Region und mit dieser für den politischen Weltzustand dermaßen ausschlaggebend, daß sich die Betrachtung Israels in diesem Zusammenhang wie von selbst anbietet. Und doch kommen dabei die – wie immer kontextgebundenen – *inneren* Strukturen und Prozesse der israelischen Gesellschaft schlechterdings zu kurz. So seien denn die hier vorgelegten Überlegungen primär den inneren Koordinaten des israelischen Gemeinwesens gewidmet. Daß diese nicht vom israelisch-palästinensischen Konflikt abzutrennen sind, soll freilich mitbedacht und zur Sprache gebracht werden.

Anders als in den (westlichen) Ländern, in denen sich die Etablierung einer zivilen Gesellschaftsordnung der (zuweilen im blutigen Bürgerkrieg manifest gewordenen) Austragung innerer Konflikte verdankte, fußte der innere Zusammenhalt der israelischen Gesellschaft von Anbeginn auf einer durch blutige Auseinandersetzungen mit äußeren Feinden gespeisten, zudem über Jahrzehnte tabuisierten Entsorgung immanenter Widersprüche und der diesen innewohnenden Konfliktpotentialen. Obgleich sich Israel dabei der Erhaltung einer im Vergleich mit anderen Ländern der Region leidlich funktionierenden formalen Demokratie rühmen darf, zeichnet sich sein Selbstverständnis als "Staat der Juden" durch die Aporie zweier miteinander unvereinbarer Vektoren: des universal orientierten Anspruchs auf ein modern-säkulares Gemeinwesen und der diesem Anspruch wesentlich zuwiderlaufenden, auf archaisch-religiöse Momente des Partikularen zurückgreifenden Begründung des Zionismus. Die durch die Raison d'être des Staates vorgegebene Hegemonie der Juden verträgt sich schlechterdings nicht mit dem zivilen Anspruch eines "Staates all

seiner Bürger". Ohne es demnach juristisch offiziell verankern zu müssen, wird die in Israel lebende, große arabische Minorität in der Praxis und im Rahmen etablierter politischer Institutionen bis auf den heutigen Tag gleichsam strukturell als eine Kategorie von Bürgern zweiter Klasse behandelt. Dies erweist sich nicht nur an der normativ angezweifelte Legitimität arabischer Parlamentarier als Koalitionspartner etablierter zionistischer Parteien in entscheidenden Fragen, etwa der radikalen Forcierung des Friedensprozesses mit der Palästinensern, sondern vor allem auch an der Diskriminierung des arabischen Sektors beim Ausbau seiner Infrastruktur, der Verteilung staatlicher Wirtschaftsressourcen und der allgemeinen Besetzung von gesellschaftlich, politisch, ökonomisch und kulturell gewichtigen Machtposten und Kontrollpositionen.

Es läßt sich freilich vermuten, daß dieser Sachverhalt den allergrößten Teil der jüdischen Bevölkerung Israels weitgehend unberührt lassen würde, implizierte besagte Aporie nicht ein anderes gravierendes, die israelischen Juden selbst betreffendes Problem, nämlich die immer noch ungelöste Frage der Trennung von Staat und Religion. Was bislang mit der nebulösen Formel des kurz vor Staatsgründung festgelegten "Status quo" sozusagen unter den tagespolitischen Teppich gekehrt wurde, erfordert neuerdings eine zunehmend dringlichere Klärung. Denn wie sich spätestens bei der Ermordung des israelischen Premierministers Yitzhak Rabin am 4. November 1995 herausstellte, handelt es sich inzwischen bei der Konfrontation von religiösen und nichtreligiösen Juden in Israel längst nicht mehr nur um die monopolisierte Administration des Personenstandes und anderer Problembereiche des zivilen Zusammenlebens, sondern – zumindest, was gewisse Strömungen im nationalreligiösen Lager angeht – um Legitimationsgrundlage und -modus des jüdischen Staates schlechthin. Was sich nämlich an den Postulaten der nicht- bzw. antizionistischen Ultraorthodoxen noch als messianisches Utopiedenken ausnehmen mag, gewinnt bei den Nationalreligiösen, welche die Besetzung der im 1967er Krieg eroberten Gebiete und den nachfolgend erhobenen Anspruch auf deren Annexion als Vorzeichen und Beginn der messianischen Erlösung des jüdischen Volkes auslegen, eine höchst aktuelle politische Brisanz.

Zum einen impliziert besagte Divergenz zwischen streng säkularer und religiös bzw. theologisch unterfütterter Legitimation des Staates das unausgesprochene Kriterium

für die noch ausstehende Erprobung der wirklichen – mithin nicht nur sloganhaft proklamierten – Friedensbereitschaft der israelischen Bevölkerung. Denn insofern davon ausgegangen werden muß, daß die endgültige Beilegung des Konflikts mit den Palästinensern mit einer zwangsläufigen Räumung und Rückgabe der Gebiete, die von extremistischen Nationalreligiösen als Teil des den Juden göttlich verheißenen Landes be- und ergriffen werden, einhergehen muß, kann nicht ausgeschlossen werden, daß es zur blutigen Auseinandersetzung zwischen radikalen, den Rückzug verweigernden Siedlern und den von Israel zur Räumung eingesetzten Militärkräften kommen wird. Dabei ist es ganz und gar nicht ausgemacht, wie ein Großteil der jüdischen Bevölkerung Israels auf ein solches Schauspiel der rigorosen (zudem noch staatlich sanktionierten) Gewaltanwendung von "Juden gegen Juden" reagieren würde. Kurze, relativ harmlos anmutende Stichproben aus der Vergangenheit, bei denen es nicht einmal zu nennenswerten Gewalttätigkeiten kam, verheißen in dieser Hinsicht wenig Gutes.

Darüber hinaus gibt aber die Diskrepanz zwischen der säkularen und religiösen Begründungsmatrix des jüdischen Gemeinwesens einen Begriff von dem der israelischen Gesellschaft auch in Zeiten relativer Ruhe inhärierenden Spannungsfeld polarisierter existenzieller Anschauungen und Orientierungen. Daß dieses Spannungsfeld sich nicht mit dem Hinweis auf vergleichbare Formen eines wie immer verstandenen postmodernen Multikulturalismus abtun läßt, erklärt sich vor allem daraus, daß das sogenannte Jüdische an dem sich für jüdisch ausgehenden zionistischen Staat, insoweit es nicht religiös begründet wird, sich seinem Inhalt nach ziemlich nebulös ausnimmt. Es geht um mehr als bloß tradiertes, im Wesen unreflektiertes Brauchtum, wenn sich eine Großzahl nichtgläubiger israelischer Juden als "traditionell" (d.h. bestimmte religiöse Riten, Bräuche und Vorschriften einhaltend) bezeichnet. Bei sehr vielen entstammt nämlich dieses Selbstverständnis einem stets unausgesprochenen, nur vorbewußt gegenwärtigen Gefühl der säkularen Minderwertigkeit gegenüber der "reichen", "moralischen", "geistig orientierten" Welt der Religiösen, deren ungebrochener Glaube nicht nur das jüdische Volk über Jahrtausende "zusammengehalten" habe, sondern ihnen bis zum heutigen Tage vermeintliche Standfestigkeit gegenüber Konfusion, Unmoral und Chaos der modernen Welt verleihe. Es handelt sich hierbei in der Tat um die eigentümliche Form eines antiaufklärerischen (oder doch zumindest aufklärungsmüden) Impulses

jener, die der Aporie ihrer spezifischen Existenz mit großem Unbehagen und noch größerer Verdrängung begegnen, ein Impuls, der sich mit der unhinterfragten, dafür mit umso emphatischerer Bestimmtheit proklamierten Gewißheit, daß Israel unbedingt "jüdisch" – oder doch ein "Staat der Juden" – bleiben müsse, verschwistert weiß. Die von Ferdinand Tönnies seinerzeit dargelegte Unwirtlichkeit des modern Gesellschaftlichen, der stets einem (Rück)sehnen nach Gemeinschaft gepaart ist, manifestiert sich hier als eine diffuse, vom ehemaligen Diaspora-Bewußtsein noch immer berührten Gemeinschafts-Ideologie, die sich freilich nicht mehr nach einer "organischen" Lebensform ausrichtet, vielmehr religiös-abstrakt (bzw. im Sinne der vollends fetischisierten Orientierung am pseudoreligiös "Traditionellen") konstituiert. Daß dabei stets eine uneingestandene Ausschließung des "Anderen" (vor allem dessen arabische Erscheinung) mitschwingt, gibt Aufschluß darüber, wie komplex es um die Prädispositionen für die Entfaltung einer künftigen zivilen Gesellschaft in Israel noch immer bestellt ist.

Ein zweiter Faktor, der im Hinblick auf gemeinschaftliche Solidarität und ziviles Selbstverständnis einige Fragezeichen aufwerfen mag, ist das in der jüdisch-israelischen Gesellschaft virulierende Moment des Ethnischen. Eine gravierende Rolle spielt hierbei das im vergangenen Jahrzehnt zunehmende Verblässen der zionistischen Schmelztiegel-Ideologie. Verstand sich das vom Pathos des Pioniergeistes und der Negation diasporischer Leiderfahrung getragene Kollektiv der Juden in Israel anfangs noch als eine monolithische Solidargemeinschaft, deren Selbstbestimmung sich mit dem Oberbegriff "israelischer Jude" gleichsam deckte, so wurde im Laufe der Zeit der ideologisch perpetuierte Schein homogener Identität durch die immer stärker zum Vorschein kommenden sozialen Diskrepanzen seiner Verblendungsfunktion überführt. Nicht nur entstand eine durch Strukturen der Jischuw-Vorgeschichte des Staates prädisponierte Klassenkluft im ökonomischen Aufbau der israelischen Gesellschaft, sondern es war auch unübersehbar, daß die unterbemittelten Schichten der Sozialhierarchie sich nahezu vollkommen aus orientalischen Juden zusammensetzten. Die dann seit Anfang der 1990er Jahre durch den Staat forciert unterstützte Einwanderung großer Massen von russischen Juden konnte zwar als großer Erfolg zionistischer Politik und Ideologie verbucht und vermarktet werden, trug gleichwohl ein Übriges dazu bei, das Gefühl von verzerrten sozialen und wirtschaftlichen Prioritäten zu stärken und ließ sogar Stimmen laut

werden, das aschkenasische Establishment versuche, die Proportionen der jüdisch - israelischen Demographie ethnisch "zu seinem Gunsten" zu manipulieren.

Was immer an dieser Behauptung gewesen sein mag, man darf auf keinen Fall das ihr unverkennbar zugrundeliegende Ressentiment unterschätzen. Gerade das, was sich in der Vergangenheit als die Tugend einer (ideologisch noch so verklärten) Einheit und Solidarität im Sinne des "neuen Juden" bzw. "Sabre" ausgab, schlug allmählich in den Augen vieler orientalischer Juden ins Gegenteil um, bis es dann vollends als ein zu Gunsten der politisch und sozial Mächtigen der israelischen Gesellschaft wirkendes Instrument der Repression und Diskriminierung gedeutet wurde. Bezeichnend dabei freilich, daß die Deutungsmuster sozial-ökonomischer Benachteiligung, die z.B. den Ausbruch sozialer Unruhen in israelischen Slums Anfang der 1970er Jahre speisten, mit dem Aufkommen postmoderner Interpretationstechniken und den mit diesen einhergehenden normativen Umgewichtungen immer mehr an politisch agitatorischer Brisanz verloren und auf die (modisch ungleich attraktivere) Ebene kultureller Identitätsverluste verlagert wurden. Nicht von ungefähr konnten sich viele israelische Intellektuelle orientalischer Abstammung in den 80er Jahren über nichts mehr erbozen als über die, wie sie meinten, "von oben" bzw. von aschkenasischen Inhabern offizieller Machtpositionen systematisch gesteuerte Unterdrückung des sogenannten "orientalischen Gesangs" und dessen offensichtlichen Ausschließung aus den Sendeprogrammen der Massenmedien. Noch in den späten 90er Jahren stellte einer ihrer herausragenden Vertreter den "langen Weg" zur Erlangung eines wahrhaftigen Friedens, der durch die israelische und palästinensische Arbeiter ausbeutenden Betriebe in Israels Kleinstädten und im Gazastreifen führe, auf die gleiche Ebene mit "dem langen Weg, der durch die Keller der Unterdrückung der orientalischen Kultur in den staatlichen und 'privaten' Sendeanstalten führt". Daß er sich darüber hinaus dazu verstieg, von der "schönen und sterilen aschkenasischen Linken" zu rasonieren, bezeugt zwar zum einen den emanzipativ ausgerichteten Bewußtseinswandel, dem sich die so argumentierenden jüdisch-orientalischen Intellektuellen unterzogen haben, zum anderen aber auch, wie sehr ethnisch aufgeladen (und eben vom Ressentiment getragen) dieser Strang der Emanzipation ist – und sein will: Der Anspruch aufs Universelle begründet sich durchs Partikulare. Daß dabei die eigentliche gesellschaftliche Ursache der Diskriminierung (samt des ihr entspringenden ethnischen, ja rassistischen Dünkels), wenn nicht verkannt wird, so doch objektiv ins

Hintertreffen gerät, mag gerade jenen dienlich erscheinen, die dann in den Massenmedien quasi generös viel "orientalische Kultur" (bzw. kulturindustrielle Vermarktung eines popig aufgemachten "Orientalischen") vom Stapel lassen, um aber die realen sozialen Mißstände und die gerade durch den angehobenen Lebensstandard sich immer weiter öffnenden sozial-ökonomischen Diskrepanzen umso beständiger (gewissermaßen kulturideologisch legitimiert) unberührt zu lassen.

Dies will wohlverstanden sein: Daß der ethnische Identitätsdiskurs ideologisch funktionalisiert wird, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sehr reale sozialpsychologische Ursachen für das in ihm zum Vorschein kommende Unbehagen vieler orientalischer Juden gibt. Die klassische zionistische Ideologie, die aus der Negation des Diasporischen die abstrakte Vision einer allgemeinen jüdischen Solidarität ableitete, manifestierte sich letzten Endes in einem Gemeinwesen, das – historisch bedingt und durchaus erklärbar – von seinem Anbeginn durch die politische, soziale, ökonomische und kulturelle Hegemonie des aschkenasischen Establishments gekennzeichnet war. Viel ethnische Selbstschmeichelei, kulturelle Überheblichkeit und Arroganz der "Fortgeschrittenen" paarte sich da mit ehrlich gemeinter Missionsleidenschaft, paternalistischer Besserwisserei und administrativen Bevormundungspraktiken der gesellschaftlich und politisch objektiv Höhergestellten. Daß dabei nicht nur die Kultur orientalischer ethnischer Gruppen, sondern auch die der aschkenasisch-jiddischen Welt des alten osteuropäischen Stetl-Judentums unter die Dampfwalze der zionistischen Ideologie des "Neuen Juden" geriet; daß darüber hinaus besagte Diaspora-Kulturen wohl aus dem Bereich der staatlich sanktionierten, "offiziellen" Kultursphäre verjagt, nicht aber aus den verschiedenen, eigengesetzlich pulsierenden Lebenswelten eliminiert werden konnten; daß also letztlich die orientalische Kultur eher mit der zionistischen als mit der aschkenasischen Kultur in Konflikt geriet – kann (und sollte) nicht das authentische Gefühl historischer Erniedrigung und angestauter Wut, die nachhaltige Empfindung begangenen Unrechts und noch "offener Rechnung" in Abrede stellen. Ob sich mit diesem von unreflektiert nachtragendem Ressentiment gespeisten Ethnozentrismus eine gute soziale Politik betreiben läßt, scheint freilich mehr als fraglich zu sein. Hat auch die "Schmelztiegel"-Praxis zum Teil das Gegenteil vom Beabsichtigten erreicht und durch die im "Schmelz"vorgang entstandene Berührung gerade das kritische Bewußtsein der zionistisch zu Integrierenden entfaltet und gestärkt, so darf doch nicht

vergessen werden, daß sich die bedrohlich öffnende soziale Kluft letztlich eben nicht durch die noch so schlimmen Erscheinungen ethnischen Dünkels in der Vergangenheit erklären läßt, somit also auch durch keinerlei ethnische Gegenstrategie überbrückt werden kann.

Die hier nur gerafft vorgenommene Darstellung von Konfliktachsen, die der künftigen Entfaltung einer zivilen Gesellschaftsordnung in Israel zum gegenwärtigen Zeitpunkt strukturell im Wege stehen, geht von der prinzipiell möglichen Etablierung eines dauerhaften Friedens aus. Es wäre ja gerade die durch einen solchen Friedensschluß bewirkte Abschaffung äußerer Bedrohung, die ein konsequentes Austragen und Bewältigen der bislang durch Kohäsions- und Einheitsideologien unterdrückten Konfliktherde erst möglich machen könnte. Um die Aussichten eines solchen für Israel lebensnotwendigen Friedens ist es gegenwärtig allerdings schlecht bestellt. Das hat zwar mit Entwicklungen außerhalb Israels, nicht zuletzt mit der Tragödie des innerpalästinensischen Bürgerkriegs zu tun, der den Gazastreifen vom Westjordanland abgerissen hat, damit aber auch die Möglichkeit der Palästinenser, politisch geschlossen agieren zu können, aufs empfindlichste getroffen. Mehr noch aber betrifft dies die politische Bewegungslosigkeit, in die sich Israel durch seine Okkupationspolitik manövriert hat: Beschließt es die konsequente Durchsetzung eines finalen Friedenplans, mithin den Rückzug aus den besetzten Gebieten, riskiert es eine politische Erosion im Land, deren Folgen unabsehbar sind, eine Erosion, bei der radikale Aufstandspraktiken gegen die Staatsräson durch israelisch-jüdische Ultras gewiß sind. Schlimmeres steht zu erwarten. Unterläßt Israel aber diesen dringlicher denn je gewordenen Rückzug aus den palästinensischen Territorien und beschließt somit indirekt die fortgesetzte Beherrschung der Palästinenser, läßt es, wohl eher nolens als volens, objektiv eine binationale Struktur entstehen. Es gibt, so besehen, in den Tat einen Preis für den Frieden. Der besteht allerdings nicht in der Aufgabe der Gebiete – diese sind für das Selbstverständnis der allermeisten Israelis durchaus entbehrlich; man vermeidet gemeinhin die Bewegung in ihnen, wenn man nicht dem Siedlungswerk angehört oder den Militärdienst in ihnen verrichtet. Der Preis bzw. das Risiko eines mit der Räumung der Gebiete einhergehenden Friedensschlusses (und ohne diese Räumung ist kein Frieden vorstellbar) bestünde eher in der bedrohlichen Spaltung in der Gesellschaft, die er zwangsläufig hervorrufen würde. Man darf nicht vergessen: Die politische Links-Recht-Polarität hat in Israel kaum soziale, geschweige

denn klassenbestimmte Inhalte; sie ist nahezu ausschließlich auf die Gesinnungsfrage der Bereitschaft, die Gebiete zu räumen oder nicht, ausgerichtet. Ein Rückzug aus den besetzten Gebieten dürfte alle die israelische Gesellschaft durchwirkenden manifesten wie latenten Risse aufschlagen. Israel muß da durch, wenn es den Frieden will. Denn Frieden aber muß es fürs eigene Überleben wollen. Zu wünschen wäre Israel am 60. Jahrestag seiner Gründung, daß es den Mut zur Sicherung seiner eigenen Existenz aufbringe.